



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1925

535 (18.11.1925) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-224634](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-224634)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Gezugspreis: In Mannheim und Umgebung pro ein Jahr oder durch die Post monatlich 4.00 M. 1.30 pro Vierteljahr. Bei event. Kündigung per wöchentlich erscheinende Nachzahlung bestehende Verträge bis zum 1. Oktober - Hauptabrechnung 2. u. 3. - Monatsabrechnung 1. u. 2. - Schlußabrechnung 1. u. 2. - Telegramm-Nachrichten: 24. Winterstraße 11. - Telegramm-Nachrichten: 24. Winterstraße 11. - Telegramm-Nachrichten: 24. Winterstraße 11.

Anzeigenpreise nach Art der Herausgabe pro eine Raumzeile in 10 Zeilen 1.40 M. 1.20 M. 1.00 M. 1. - 4 M. 30. - 20. - 30. - 40. - 50. - 60. - 70. - 80. - 90. - 100. - 110. - 120. - 130. - 140. - 150. - 160. - 170. - 180. - 190. - 200. - 210. - 220. - 230. - 240. - 250. - 260. - 270. - 280. - 290. - 300. - 310. - 320. - 330. - 340. - 350. - 360. - 370. - 380. - 390. - 400. - 410. - 420. - 430. - 440. - 450. - 460. - 470. - 480. - 490. - 500. - 510. - 520. - 530. - 540. - 550. - 560. - 570. - 580. - 590. - 600. - 610. - 620. - 630. - 640. - 650. - 660. - 670. - 680. - 690. - 700. - 710. - 720. - 730. - 740. - 750. - 760. - 770. - 780. - 790. - 800. - 810. - 820. - 830. - 840. - 850. - 860. - 870. - 880. - 890. - 900. - 910. - 920. - 930. - 940. - 950. - 960. - 970. - 980. - 990. - 1000.

Verkaufen: - Sport und Spiel - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern und Reisen - Ferien und Feste

Gesetzentwürfe über Locarno

Hindenburg und der Parteikampf

Berlin, 18. Nov. (Von unserem Berliner Büro.) In der Wilhelmstraße wird bereits an der Formulierung der beiden Gesetzentwürfe über Locarno gearbeitet, die am Donnerstag den Landesministern zur Kenntnis gebracht werden sollen. Der formelle Beschluß des Reichskabinetts, dem Pakt zuzustimmen, dürfte unmittelbar nach dieser Konferenz gefaßt werden. Damit ist dann auch der Zeitpunkt für Dr. Luther gekommen, der Frage der Regierungsumbildung ernsthaft näher zu treten. Möglicherweise wird er sich nach der Richtung hin noch in den paar Tagen vor dem Beginn der Locarnodebatte die Fühlungnahme mit den Parteien eingeleitet, um wenigstens zu einer grundsätzlichen Klarheit über die künftige Zusammenfassung zu gelangen. Greifbare Gestalt werden die Dinge aber auf jeden Fall erst nach der großen politischen Aussprache im Plenum gewinnen. Da auf dem Parteitag des Zentrums selbst rechtspolitischer Mitglieder vom Schloß des Abgeordneten Stögerwald die große Koalition als zwangsläufige Folge der durch den Austritt der Deutschnationalen verursachten Lage bezeichnet haben, liegt es nahe, daß das Zentrum die Initiative zur Herbeiführung dieses Ziels übernehmen wird. Dr. Luther erstrebt für seinen Teil bekanntlich die Bildung einer Koalition der Mitte, und auch innerhalb der Deutschen Volkspartei ist weit mehr Neigung für eine Regierung auf bürgerlicher Basis. Welchen Weg die Entwicklung nehmen wird, läßt sich vorerst noch nicht absehen. Die Sozialdemokratie hat bekanntlich die Unterstützung einer solchen bürgerlichen Koalition zunächst abgelehnt, andererseits ist wie wir mehrfach betonten, der Drang nach Übernahme der Verantwortung bei ihr nicht eben übermäßig groß.

Die Deutschnationalen, die sich durch eigene Schuld ihres Ansehens auf die Regierung begeben haben, können nun das letzte Reststück ihres Parteitagessperrenverfalls nur umsonst ihren Mißtrauen über diesen Stand der Dinge verbergen. Besonders bedrückt sie die Haltung des Reichspräsidenten v. Hindenburg.

Obwohl der Reichspräsident selbst in seiner Rede in Darmstadt seinen Standpunkt zu Locarno offen dargelegt hat und als Vorsitzender des Rats der Reichspräsidenten sich dessen Entschlüsse angeschlossen hat, sucht der „Volkswachtler“ diesen Tatbestand zu verschleiern, indem er erklärt, daß die Unterschrift Hindenburgs „in keiner Weise als Billigung des Vertrages nach seinem Gesamthalt anzusehen sei.“ Dies geschieht in einem Augenblick, da der Präsident des württembergischen Landtages, der Deutschnationale Körner, wie die „Volkswacht“ zu berichten weiß, aufgrund der Stuttgarter Aufregungen Hindenburgs mittelst Reichskanzler Dr. Luther habe den Reichspräsidenten zu überzeugen vermocht, daß die Locarno-Politik die richtige sei, und Hindenburg habe den Wunsch ausgesprochen, auch die Rechtsparteien möchten ihre Bedenken überwinden und diese Politik mitmachen. Freilich seien diese Gefühle durch den Reichspräsidenten nicht in scharfen oder unfreundlichen Worten zum Ausdruck gebracht worden, sondern nur mit einem leisen Bedauern, das weniger der Partei als dem alten Erzfeld der Deutschen, der Reichsmacht gegolten habe. Neben den Befürwörern, die den Deutschnationalen der Gedanke an eine Unterzeichnung des Vertrages durch Hindenburg erwecke, werden sie auch bereits von der Sorge geplagt, ob sie die materiellen Erregungsmomente ihres Regierungsergebnisses werden behaupten können.

Dr. Birch hat in Cassel schon sehr deutlich davon gesprochen, daß Außenpolitik, Steuern und Jölle nicht von einander zu trennen seien. Das ist die Stelle, an der die Deutschnationalen sterblich sind. Warhaftig macht sich in ihrer Presse ihre Mißstimmung in der Kritik an den Rückwirkungen Luft, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Dies umso mehr, als ja die Zugeständnisse der Gegenseite noch dazu in sehr vager Form, in der sie uns präsentiert wurden, bis weit in die Linkskreise hinein berechtigte Enttäuschung nachgerufen haben. Beweis dessen ist eine längere Auslassung des „B. T.“, das die Art wie die Entwaffnungsfrage geregelt wird, „eine kleinliche Behandlung eines großen Gegenstandes“ nennt, in der die Sprache militärischer Fachleute deutlicher als die der Politiker von Locarno vernnehmbar werde. Selbst der „Vorwärts“, der sich wieder einmal in den Himmel verliert und von den „Vereinigten Staaten von Europa“ schwärmt, sieht sich genötigt, Wasser in den Wein seiner Hoffnungen zu schütten, indem er eingeleitet: „Der Geist von Locarno herrscht noch nicht, er beginnt zu herrschen, er herrscht erst, wenn die alliierten Befehle gänzlich abgezogen sind.“

Der „Kreuzzeitung“, die das in den Notizen der Alliierten aus Genua als eine „Spiegelschere und Kauferei“ kennzeichnet und der „Deutschen Tageszeitung“, deren Kommentar die missgünstige Überschrift „Und das bietet man uns“ trägt, sucht die „Tägliche Rundschau“ mit Worten Vorhaltungen zu begegnen. Das Organ des Außenministers gibt ohne weiteres zu, daß eine „große kritische Stimmung“ der jüngsten Note gegenüber gerechtfertigt sei, findet aber, daß man in den Ländern des früheren Feindbundes der Seelenheilung des deutschen Volkes doch in den letzten Wochen Verhältnisse entgegengebracht habe: „Es ist nun einmal so, daß wir erst die Ausführung des Versprochenen bis zu einem gewissen Grade abwarten müssen, ehe daran gedacht werden kann, daß wir mit völligem Vertrauen in die neuen Verhältnisse hineingehen.“

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler

Berlin, 18. November. (Von unserem Berliner Büro.) Die Vertreter der Gewerkschaften haben gestern Abend eine Aussprache beim Reichskanzler über Locarno gehabt. Der Reichskanzler hat bei der Gelegenheit, wie wir im „Vorwärts“ lesen, die Gründe für die Unterzeichnung des Vertrages auseinandergesetzt und die Hoffnung ausgesprochen, daß eine möglichst große Anzahl sich hinter den Vertrag stelle möge. Die Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften haben darauf erklärt, daß sie aus politischen und wirtschaftlichen Gründen den Vertrag billigten und nur wünschen möchten, daß er in Zukunft auch im Geiste der Verhandlungen von Locarno durchgeführt und fortgesetzt werde. Auf verschiedene Fragen über Rückwirkungen des Vertrages auf die besetzten Gebiete hätte der Außenminister in längeren Ausführungen die gewünschte Auskunft gegeben. Ein deutschnationaler Vertreter der christlichen Gewerkschaften hätte dann gemeint, im nationalen Interesse könne doch nur erwünscht sein, wenn die Regierung auf einer starken Opposition stehe. Dem hätte der Redner der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften widersprochen. Der Kanzler hätte gemeint, auch die Opposition müsse sich darüber klar sein, welche Verantwortung für die Zukunft Deutschlands auf dem Spiele stehe. Schließlich sei dann auch noch die innerpolitische Lage erörtert worden. Es sei darauf hingewiesen worden, daß die Durchführung des Vertrages und die weiteren Verhandlungen nur einer Regierung anvertraut werden dürften, die durch ihre Zusammenfassung garantiere, daß sie mit ganzem Herzen und mit voller Aufrichtigkeit im Geiste von Locarno den Friedenswillen weiter pflege und zum endgültigen Erfolg führe wollen. Es war also

die Frage nach der großen Koalition. Luther und Stiefemann sind ihr ausgewichen. Sie haben gesagt, (wir folgen auch hier dem Bericht des „Vorwärts“) die Besprechungen mit den Gewerkschaften bieten nicht die geeignete Gelegenheit, diese Frage zu erörtern. Auch nach ihrer Ansicht sei in bezug auf den Vertrag von Locarno wertlos, wenn Deutschland es an seiner lokalen Durchführung fehlen lassen würde.

Das bestet sich mit dem, was von uns des öfteren bereits ausgeführt worden ist. Es ist selbstverständlich, daß die Zustimmung über Locarno, und die Art, wie sie erfolgt, auf die zukünftige Zusammenfassung des Kabinetts nachwirken muß.

Der vorausgegangene Notenwechsel

Das Stadium der Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage wird gekennzeichnet durch die nachfolgend veröffentlichten Schriftsätze, nämlich:

- 1. Die deutsche Note an die Völkervereinigung vom 23. v. M.,
- 2. Die Note der Völkervereinigung vom 6. d. M.,
- 3. Die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Völkervereinigung vom 14. d. M., sowie endlich durch die am gestrigen Dienstag von uns veröffentlichte Note über die Klärung der nördlichen Rheinlandzone.

Wie sich aus diesen Schriftsätzen ergibt, liegen zwischen der Note der Völkervereinigung vom 6. d. M. und der Erklärung des Generalsekretärs der Völkervereinigung weitere Verhandlungen. Diese bezogen sich auf folgende Punkte:

- 1. Vollzahl
Die von der deutschen Regierung in dauernder Fühlung mit den Landesregierungen geführten Verhandlungen hatten über die meisten Fragen bereits zu einer Verständigung geführt. Offen waren nur drei Punkte: nämlich die Art der Aufstellung der Schutzpolizeibeamten, die amtliche Bezeichnung der Schutzpolizeibeamten und die Stärke der internierten Polizei. Die nunmehr vereinbarte Regelung bewegt sich den Wünschen der Länder entsprechend in der Richtung, daß die Schutzpolizeibeamten auf Grund der in den einzelnen Ländern geltenden allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen oder auf Grund der für die Ordnungspolizei geltenden Sonderbestimmungen angestellt werden können. Hinsichtlich der Amtsbezeichnungen der Polizeibeamten, sowie hinsichtlich der Referierung ist den politischen Notwendigkeiten der deutschen Länder Rechnung getragen worden.
- 2. Oberbefehl
Bei der Frage des Oberbefehls handelt es sich um die Stelle des Chefs der Exekution gemäß den Bestimmungen des Vertrages von Versailles. Seine Befugnisse sollen durch eine Verordnung umschrieben werden, die dem Artikel 8 des in Geltung befindlichen Wehrgesetzes vom 23. März 1921 entspricht.
- 3. Ausbildung der Truppen.
Hier waren noch einige Punkte strittig, die sich auf die Ausbildung einzelner Truppengattungen mit bestimmten Waffen bezogen. Für diese Punkte ist jetzt eine Regelung gefunden, die den militärischen Notwendigkeiten der Reichswehr in genügender Weise Rechnung trägt.
- 4. Festung Königberg.
Die noch offene Frage der Armierung der Festung ist dahin geregelt worden, daß die schweren Geschütze der Festung, entsprechend den deutschen Wünschen, beseitigt werden sollen.
- 5. Behandlung der in Deutschland bestehenden privaten Verbände und Organisationen.
Es handelt sich nicht um die Auflösung der Verbände, sondern um die Behandlung des Gesetzes vom 22. März 1921, das die militärische Betätigung dieser Verbände verbietet. Dieses Gesetz wird durch eine Ausnahmsverordnung erläutert. Die vorstehend behandelten Fragen haben, wie erwähnt, schon seit langem den Gegenstand schwerer Auseinandersetzungen mit der internationalen Militärkontrollkommission gebildet. Sie waren es in erster Linie, die bisher einer endgültigen Erledigung der Entwaffnungsfrage entgegenstanden.

Nachdem nunmehr auch für diese Fragen die grundsätzliche Regelung gefunden ist, bleibt von der gesamten Entwaffnungsfrage nur noch die technische Abwicklung von Einzelheiten übrig, bei der neuer Schwierigkeiten oder Meinungsverschiedenheiten mit den alliierten Regierungen nicht mehr zu befürchten sind. Dementsprechend ist auch die den alliierten Militärkontrollkommissionen noch verbleibende Aufgabe eine rein technische, die nicht allzu lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Mit dem Abbau der Kommissionen ist bereits begonnen worden.

Die Note des deutschen Botschafters

Die Note des deutschen Botschafters in Paris an die Völkervereinigung vom 23. Oktober 1925 hat folgenden Wortlaut:
Herr Präsident! Die alliierten Regierungen haben in ihrer Kollektivnote vom 4. Juni 1925 der deutschen Regierung die von den alliierten Regierungen zur Kenntnis gebracht, deren Klärung sie nach ihrer Ansicht daran hindert, die Deutschland im Vertrag von Versailles auferlegten militärischen Verpflichtungen als erfüllt anzusehen und die nördliche Rheinlandzone zu räumen. Schon vor der Liebergabe der Kollektivnote hatte die deutsche Regierung die Erfüllung dieser Verpflichtungen in den wesentlichen Punkten abgeklärt, wie dies auch aus dem Teil I der Anlage I der Note der alliierten Regierungen vom 4. November 1925 sich ergibt.

Nach Empfang dieser Note hat die deutsche Regierung die darin aufgestellten Forderungen einer sorgfältigen Prüfung unterzogen und sich darüber, wie der Völkervereinigung bekannt ist, seit längerer Zeit in Erörterungen mit der internationalen Militärkontrollkommission die deutsche Regierung sich nunmehr in der Lage, der Völkervereinigung mitteilen, daß eine erhebliche Zahl der in Teil I der Anlage I der Kollektivnote aufgeführten Forderungen inzwischen erfüllt und daß außerdem die weit überwiegende Mehrzahl der Forderungen soweit gefördert ist, daß ihre Erfüllung bis zum 15. November d. J. in sichere Aussicht gestellt werden kann. Bei einigen weiteren Punkten erfordert die Durchführung allerdings sehr umfangreiche Maßnahmen, die trotz größter Eile durchzuführen vorläufig erst zu einem späteren Zeitpunkt abgeschlossen werden können. Inzwischen werden auch diese Punkte zum 15. November soweit gefördert sein, daß ihre Erfüllung bis dahin sichergestellt ist. Von den gesamten in der Kollektivnote aufgestellten Einzelbedingungen bleiben demnach nur wenige Fragen übrig, deren Erledigung infolge der ihnen innewohnenden besonderen Schwierigkeiten und infolge der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse in den einzelnen deutschen Ländern noch nicht endgültig gefördert werden konnte. Die deutsche Regierung ist jedoch der Auffassung, daß sich in diesen Fragen eine allseitig befriedigende Lösung erzielen wird, wenn von den deutschen Regierungen die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Unter diesen Umständen glaubt die deutsche Regierung, daß die Voraussetzungen für die schleunige und endgültige Erledigung des gesamten Komplexes der hier in Rede stehenden Fragen, wie sie den Wünschen aller beteiligten Mächte entsprechen, schon jetzt gegeben sind. Die deutsche Regierung darf daher erwarten, daß die Völkervereinigung mit dem gleichen Geiste des Entgegenkommens, von dem sich die deutsche Regierung ihrerseits leiten läßt, bereit sein wird, die internationalen Militärkontrollkommission mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Ich bitte mich, Euer Ergebenheit anbei eine Lieberacht zu entleihen, die ein genaues Bild des augenblicklichen Standes der Entwaffnungsfrage gibt.

Respektvollster Gruß, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. von Hoeft.
Anmerkung zu der Note des deutschen Botschafters an die Völkervereinigung vom 23. Oktober. In der in dem letzten Abkapitel der Note erwähnten Lieberacht sind die in einer Kollektivnote der alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925 behandelten Fragen in vier Listen nach dem damaligen Stand ihrer Erledigung gruppiert.

Die Antwort der Völkervereinigung

An den deutschen Botschafter in Paris vom 6. November 1925 hat folgenden Wortlaut:

Herr Botschafter! Eure Ergebenheit hat in Ihrer Note vom 23. v. M. der Völkervereinigung die Antwort der deutschen Regierung auf die Note der alliierten Regierungen vom 4. Juni 1925 übermitteln. Die deutsche Regierung teilt mit, daß eine große Zahl der von den alliierten Regierungen erhobenen Forderungen eine befriedigende Regelung gefunden hat und daß in anderen Punkten das von der Kontrollkommission aufgestellte Programm am 15. Nov. durchgeführt sein wird oder daß zu diesem Zeitpunkt seine Durchführung bis zu einem nahen Termin als sichergestellt betrachtet werden kann.

Endlich bleibt eine kleine Anzahl von Fragen, die besondere Schwierigkeiten bieten, hinsichtlich deren Bedeutung die deutsche Regierung aber an die Möglichkeit einer alle Teile befriedigenden Lösung glaubt. Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung der Ansicht, daß mit der endgültigen Regelung der Entwaffnungsfragen zu einem nahen Zeitpunkt geendet werden kann, und sie bittet die alliierten Regierungen, im Geiste des Entgegenkommens der internationalen Kommission Weisungen in diesem Sinne zu geben. Die alliierten Regierungen haben mit Freude festgestellt, welche Anstrengung die deutsche Regierung gemacht hat, um sich den von ihnen in der Note vom 4. Juni aufgestellten Forderungen anzupassen insbesondere haben sie mit Zustimmung der Kommission verfahren können, daß, abgesehen von einigen Punkten, die noch von der Kontrollkommission überprüft werden müssen, die von dieser Kommission über den bereits völlig durchgeführten Teil des Programms erstellten Berichte sich mit den Angaben decken, welche in der als Anlage der obengenannten deutschen Note beigefügten Liste I enthalten sind.

Hinsichtlich der in der Liste 2 und 3 behandelten Fragen geben die alliierten Regierungen sich der Erwartung hin, daß die von der deutschen Regierung in Aussicht gestellte Regelung sich verwirklichen lasse und die Kontrollkommission in der Lage sein wird, die Durchführung des für diese verschiedenen Punkte vorgesehenen Programms festzustellen. Die alliierten Regierungen rechnen insbesondere darauf, daß die deutsche Regierung ohne Abseeren die notwendigen Maßnahmen erarbeiten wird, um die Vereinbarung der in der Liste 3 aufgeführten Punkte für einen möglichst bald nach dem 15. November liegenden Zeitpunkt endgültig sicherzustellen.

Was endlich die in Liste 4 der Note vom 23. Oktober behandelten Fragen anbelangt, so nehmen die alliierten Regierungen mit Freude von der durch die deutsche Regierung zum Ausdruck gebrachten Lieberachtung Kenntnis, daß es bald möglich sein wird, auch in dieser Beziehung zu einer Einigung zu gelangen.

Der Parteitag des Zentrums

Der zweite Tag der Verhandlungen des Zentrums-Parteitag (Dienstag) brachte den Höhepunkt und damit wohl auch den Kritikpunkt des Parteitages in dem Redebeitrag Stegerwalds. Stegerwald wurde, als er das Redepodium betrat, von dem Parteitag mit Handklatschen und Bravourrufen begrüßt, ebenso wie am Montag Dr. Wirth. Stegerwald bemühte sich, seinen Standpunkt möglichst sachlich und ruhig vorzutragen, konnte sich jedoch einige Spitzreden gegen Wirth, wenn auch in sehr milder Form, nicht verkappen. Er stellte zunächst fest, daß in der Außenpolitik zwischen ihm und Wirth keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestünden, wie ja überhaupt das Ziel der Außenpolitik, nämlich die Befreiung Deutschlands, in der gesamten Zentrumsfraktion unumstritten und einmütig sei. Wirth er mit Wirth auseinanderzugehen, seien lediglich taktische Fragen. In diesem Zusammenhang hielt Stegerwald auch die Meinung fest, daß die Bildung des Kabinetts Luther im Januar bei der damaligen politischen Situation das einzig Mögliche war. Stegerwald verteidigte dann die Grundsatz- und Politik im vergangenen Sommer, wobei er die Meinung ausdrückte, daß Dr. Wirth, wenn er im Februar Außenminister gewesen sei, das Memorandum nicht in der Fassung herausgegeben hätte, als es damals Dr. Stresemann las. Stegerwald nahm hierbei Dr. Wirth wegen der Behauptung des Stresemann-Biotiers, der 'Lüglichen Rundschau' in 'Schul' wonach Stresemann nationale Real- und Selbstverleumdung geliebt habe, Wirth aber Erfüllung, ja sogar Auslieferungspolitik. Der fundamentale Unterschied zwischen der Außenpolitik Stresemanns seit dem Jahre 1923 und derjenigen Wirths im Jahre 1924, so sagte Stegerwald, besteihe eben darin, daß in der Zwischenzeit die Aera Locarno überwunden worden war.

Sofort nach Stegerwald erhebt Dr. Wirth das Wort.

Er anerkennt, daß er mit Stegerwald einer Meinung sei in den Problemen der Außenpolitik, da ja für alle Zentrumsmänner die Außenpolitik die der Befreiung Europas mit dem Ziel der Befreiung Deutschlands sei. Wirth machte jedoch der Richtung Stegerwalds und der Forderung den Vorwurf, daß sie nicht die Konsequenzen aus der außenpolitischen Lage gezogen haben und nicht mit denjenigen Parteien auch die innere Politik machen, die innerlich bereit seien, mit dem Zentrum den Weg der Befreiung Europas in der Außenpolitik zu geben. Wirth meinte, die Leute um Stegerwald und in der Reichsstaatsfraktion geben sich einer Täuschung hin, wenn sie glauben, die Rechte aus ihren politischen Bänden herüberziehen zu können. In seinen weiteren Ausführungen wurde Dr. Wirth mehrmals persönlich gegen einzelne Mitglieder der Reichsstaatsfraktion, was bei der Versammlung auf die Wirth vorher einen außerordentlich heftigen und überzeugenden Eindruck gemacht hatte, vielfach Mißbilligung und Unzufriedenheit hervorrief.

Reichsstaatsminister Dr. Brauns stellte so am Schluß seiner Ausführungen den Antrag, den Fall Wirth aus der Debatte vollständig auszuschließen, da er keinen Weg sehe, daß diese Frage noch weiter in der Öffentlichkeit behandelt werden könne. Man solle den Fall Wirth in den Parteikonferenzen weiter behandeln, die dazu geschaffen seien (Partei- und Ausschüsse usw.). Die Versammlung nahm diesen Vorstoß mit Beifall an. Im Ganzen wird die Situation sehr ernst beurteilt. Man glaubt nach der Rede Wirths kaum noch an die Möglichkeit einer Einigung. Professor Delsaue, Frankfurt a. M. bot den Parteigenossen ein Ruhe- und Besonnenheits bei der weiteren Beratung. Er meinte, es sei nicht zweckmäßig, wenn der Parteitag nach nicht den Wiedereintritt Dr. Wirths in die Zentrumspolitik erreichen würde. Wenn Wirth auch eine Forderung parallel neben der Forderung mache, so werde er gewiß doch am Schlußtag gemeinsam wieder in der Front sein.

Der Parteitag erzielte sodann noch eine Reihe von Resolutionen kultureller, wirtschaftlicher und sozialpolitischer Art. Insbesondere sei erwähnt der Antrag, der

die Stellung des Zentrums zur Staatsform behandelt. Dieser Antrag, der einstimmig angenommen wurde, lautet: Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staats- und Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Befähigung jeder Staatsform, in welcher dieser Begriff seine Verwirklichung finden kann. Dieser Befähigung darf sich nicht nur auf die Abwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, entschlossene politische Einstellung zur Staatsform unumverhandelbar, je abnähiger die Staatsform von dem Willen des Volkes ist. Darum befürwortet die Zentrumspartei die deutsche Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist und deren Schatz und Durchbringung mit christlichem Geiste sie als ihre Aufgabe und Politik betrachtet.

Ein weiterer Antrag fordert eine Wahlrechtsreform in dem Sinne, daß der Wählerkreis wieder mehr in Verbindung mit der Wählerkraft gebracht wird. Zur Ausarbeitung eines Entwurfes zur Veränderung des Wahlrechts wurde in Gemeinschaft mit der Reichsstaatsfraktion ein besonderer Ausschuss eingesetzt. Besondere Beachtung und lebhafter Zustimmung fand sodann noch ein Antrag, der den Grenz- und Auslandsdeutschen, namentlich den um ihr Deutschsein ringenden Südosteuropäern, GröÙe und Sympathie des Parteitag auspricht.

Die Nachmittagssitzung brachte in der Fortsetzung der Diskussion noch zwei Höhepunkte. Insbesondere war es der Reichsstaatsminister Lammerer, der die Stellung der christlichen Wirtschaftler in der Politik sehr gewandt zu verdeutlichen wußte. Er machte auch besonders interessante Ausführungen über die Stellung der Wirtschaft zu Locarno und erklärte hierzu, daß die Ablehnung der Deutschnationalen in den Kreisen der gesamten Wirtschaft einschließlich der Deutschnationalen nicht nur Befremden, sondern tiefe Enttäuschung hervorgerufen habe. Er wies auf die Bedeutung des Hamburger Aufrufes der Wirtschaftler hin und stellte in Aussicht, daß sich in den nächsten Tagen die Wirtschaftler in Berlin zusammensenden werden, um das zu tun, was bezüglich Locarno die Wirtschaft für notwendig hält. Der politische Redakteur der 'Münchener Volkszeitung' Horndobs richtete einen eindringlichen Appell zur Einigkeit an den Parteitag, wobei er unter dem Beifall der Versammlung feststellte, daß Dr. Wirth den Grundstein zu der Befreiung des Rheinlandes gelegt habe. Wenn Wirth in den nächsten Tagen in den Völkern seiner politischen Freiheit komme, so wisse es dafür Dr. Wirth warmen Dank. Unter größter Spannung ergriff dann noch einmal Dr. Wirth das Wort.

Unsere Bitte, so sagte er, richten sich jetzt noch einmal dahin, wo tatsächlich unsere politischen Gegner stehen. Dann wandte sich Wirth gegen die Auffassung, wie sie auf dem Parteitag der Deutschnationalen gegenüber der Staatsform in die Erscheinung getreten sei. Die Form, um die Erhaltung der deutschen Republik sei es, die die christlichen Republikaner seit Monaten beweisen. Wenn es nach einer Beweise bedürftig hätte, daß der Vorstoß der christlichen Republikaner, der von mir einseitig wurde, nötig war, dann hätte diesen Beweis der Deutschnationalen Parteitag gebracht, auf dem sich Graf Helldorf offen und unumwunden gegen die bestehende Staatsform ausgesprochen habe. Aber dann fand Wirth das vermittelnde Wort, das die Spannung des Moments einzuweichen zu lösen insondere war. Es ist ganz klar, sagte er, daß ich Ihnen diene, auch den Völkern, indem ich mit allen unseren Freunden zusammenstand und die Sache vorantreibe. Die Völkern aber in der Sache, die auf das Befremden der Völkern fußen, so tief Dr. Wirth lassen erkennen, daß der große Freiheitsgeist im ganzen Zentrum lebendig ist.

Reichsstaatsminister a. D. Marx wählte, obwohl noch mehrere Redner zur Debatte gemeldet waren, keinen weiteren Vorkämpfer der Versammlung zu machen, als daß er um Abbruch der Debatte bat, nachdem Dr. Wirth die Hand zur Verführungsgerechtigkeit habe. In Schlage in die Hand ein, die Wirth um entgegenstreckt, so rief er und wies wiederum einen neuen Weisheitssturz im Saale.

Jedenfalls ist nunmehr die Einheit der Partei und der Fraktion durch den Ausbruch des Parteitag gebildet, wenn auch noch über einige Punkte die Auseinandersetzungen im friedlichen Geist im Geist der Versöhnlichkeit und Verständigung unter uns fortgesetzt werden müssen, um die Mittel und Wege zu finden zur endgültigen Beilegung der Meinungsverschiedenheiten.

Marx richtete dann noch einen warmen Schluchappell an den Parteitag, einen Appell, fest und treu zusammengehalten zum Wohle des Zentrums und des ganzen deutschen Vaterlandes.

Der Parteitag nahm noch folgende Entschlüsse an: 1. Der Reichsparteitag stellt fest, daß in allen grundsätzlichen politischen Fragen Übereinstimmung in der gesamten Partei besteht. Insondere behauptet er, daß die Aussprüche über die praktische Behandlung dieser Fragen nicht in allen Punkten zu einer vollen Einigung geführt hat. Er beauftragt den Parteitag, sich mit der Fortführung der diesbezüglichen Verhandlungen.

2. Die tatsächliche Entwicklung der deutschen Politik stellt die Zentrumspartei vor die Aufgabe, die politische Linie in Locarno initiativ weiterzuführen. Im Vertretungswort von Locarno erklären wir den Anfang einer friedlichen Zusammenarbeit der Nationen. Der Eintritt in den Völkern stellt Deutschland vor die schwere Aufgabe, seine nationale Freiheit, seine Selbstbestimmung, die endgültige Lösung deutscher Lebensfragen am Rhein wie im Osten inmitten der Selbstbestimmung der Völkern zusammenzuschließen. Diese Politik vermag die Deutsche Zentrumspartei nur an der Seite derjenigen Parteien durchzuführen, die gleich ihr entschlossen sind, diesen Weg aufrecht und ohne Schwanken zu gehen. In diesem Sinne bilde der Reichsparteitag die klare und einmütige Stellungnahme der Reichspartei vom 4. November dieses Jahres und erparatet von ihr, daß sie alle Kraft für die Durchführung der oben bezeichneten politischen Aufgabe einsetzen wird.

Die Plaidoyers im Do'hoffprozess

In der Dienststunde hielt Rechtsanwalt Dr. Hirschberg der Verteidiger des Befragten Gruber, sein Plaidoyer. Er erklärte, daß die Dolmetschfrage eine Exekution auf das kurze Gedächtnis des deutschen Volkes sei. Die Verteidiger dieser Angelegenheiten in Berlin wissen sehr wohl, daß die Dolmetschfrage eine Exekution auf das kurze Gedächtnis des deutschen Volkes sei. Die Verteidiger dieser Angelegenheiten in Berlin wissen sehr wohl, daß die Dolmetschfrage eine Exekution auf das kurze Gedächtnis des deutschen Volkes sei. Die Verteidiger dieser Angelegenheiten in Berlin wissen sehr wohl, daß die Dolmetschfrage eine Exekution auf das kurze Gedächtnis des deutschen Volkes sei.

Rechtsanwalt Dr. Hirschberg befaßte sich dann mit der Frage, ob es sich bei der Darstellung der 'Süddeutschen Monatshefte' um ein Geschichtsbild handele. Er behauptete diese Frage nicht nur auf Grund der Gutachten der Sachverständigen Dr. Delsaue, Herz und Fischer, sondern auch auf Grund der Gutachten des Reichsstaatsministers und des Obersten Staatsanwalter. Am Schluß seiner Ausführungen beauftragte Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, im Verlaufe des Prozesses keine Randnotizen freizusprechen, wenn der Bericht ein andere Auffassung haben sollte, von Befragten wegen formaler Beleidigung zu verurteilen. Was die Kosten des Prozesses anlangte, so müßten sie zum größten Teil der Zentrumspartei auferlegt werden. Der Prozeß sei von der beklagten Partei geführt worden, eine ganze Reihe von Beweisen zu brechen. Gleichwohl sprach der Verteidiger den Wunsch aus, daß der Prozeß die Frucht sein möge, daß in Zukunft nicht mehr ein Teil des Volkes sich zum Richter über den andern in Fragen des nationalen Wohles aufwirft. Die Sitzung wurde am Mittwoch vertagt.

Badische Politik

Nachklänge zum Hindenburgbesuch Aus Karlsruhe wird uns mitgeteilt: 'Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschloß sich am Dienstag gemeinsam mit dem geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes mit der Art des Empfanges des Herrn Reichspräsidenten in Karlsruhe, der in vielen Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen hervorgerufen hat. Ganz besonders spricht die Fraktion wie der geschäftsführende Vorstand dem Herrn Innenminister Remmele das härteste Mißfallen über das Verhalten Schwarz-weiß-roter Flaggen zu Ehren, aus und ermahnt, daß der Herr Innenminister in kürzester Zeit die Gründe zu seinem Vorgehen der Öffentlichkeit bekannt gibt. Der Empfang des Herrn Reichspräsidenten in Karlsruhe fand in scharfer Gegenüberstellung zu dem benachbarten Baden. Fraktion und geschäftsführender Vorstand geben fernerhin ihrem Befremden Ausdruck, daß das Staatsministerium keinen Weg gefunden hat, um den gemeinsamen Landtag dem Herrn Reichspräsidenten vorzustellen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird alsbald im Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen.'

Nachtrag zum lokalen Teil
Folgenkammer Wortwechsel

Wegen Beleidigung einer Ehefrau durch einen Respektlosen lebendgefährlich verurteilt Besten morgen gegen halb 7 Uhr wurde der 48 Jahre alte, in der Ehefrau (Redaktion) wohnhafte Arbeiter Hermann Hebel in der Collinstraße in den frühen Morgenstunden durch einen Collinstraße durch einen Redaktionschef in die Brust niedergeschlagen. Der Täter konnte in der Dunkelheit zunächst entkommen, wurde aber bald darauf durch die Hebel, der bei der Tiefbauunternehmung Vatter beschäftigt ist, wurde zunächst auf die in der Nähe gelagerte Volkswache von da in beinahe hilflos Zustand ins städtische Krankenhaus verbracht. Es befiel leider wenig Hoffnung, Hebel könne noch zu erholen. Die Regel gibt im Herzen. Als wir am heute morgen nach seinem Befinden erkundigten, hatte er die Befreiung wieder erlangt.

Nach dem Vollzeitsbericht liest dem Vorfall folgender Tatbestand zugrunde: Eine junge Frau hat die Vorordnungen einer Verleumdungsgesellschaft in der Collinstraße in den frühen Morgenstunden zu revidieren. Nach ihrer Angabe wurde sie seit ein paar Tagen durch einen älteren Mann, der seinen Namen zur Arbeitstelle durch die gleiche Straße nahm, durch unästhetische Worte u. Äußerungen beleidigt. Die Frau hat ihrem Mann davon Mitteilung gemacht und dieser ging der Sache nach. Er hat den Verantwortlichen seinen Namen am 14. Uhr, als er sich wieder bemerkbar gemacht hat, zur Verfügung gestellt, wodurch ein Wortwechsel entstand. In dessen Verlauf hat der gekränkte Schwann, ein 37 Jahre alter Mitarbeiter, auf seinen Gegner einen schweren Schlag aus einem Wasserkrügel abgeben. Der lebensgefährlich Verletzte wurde in das städtische Krankenhaus verbracht, während der Täter festgenommen und ins Bezirksgefängnis einverleibert wurde.

Oerlen (Hollnd), 17. Nov. Auf der hiesigen Arbeiter-Orange-Kasson' ereignete sich ein schwerer Unglücksfall beim Auslösen eines Ganges. Der Gang brach an einer Stelle in sich zusammen und begrub drei Arbeiter unter einem Trümmerteppich. Alle drei konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche sie den noch offenen Punkten beimessen, hätten sie es doch für erforderlich gehalten, daß über das nach auszuführende Programm ein Einverständnis erzielt wird, die sie zu einer endgültigen Würdigung der Durchführung der Vorkommnisse hinführen könnten. Sie bitten daher die deutsche Regierung, ihnen unverzüglich ihre Vorstöße zur Realisation der Durchführung der in Liste 4 erwähnten Fragen mitzuteilen, und sie neben der deutschen Regierung auch die Berücksichtigung der in Liste 4 erwähnten Fragen mitzuteilen, und sie neben der deutschen Regierung auch die Berücksichtigung der in Liste 4 erwähnten Fragen mitzuteilen, und sie neben der deutschen Regierung auch die Berücksichtigung der in Liste 4 erwähnten Fragen mitzuteilen.

Wenn die deutsche Regierung den Aufforderungen der alliierten Regierungen in dieser Hinsicht Rechnung trägt — woran die alliierten Regierungen nicht zweifeln — so hat die Volkspartei die bestimmte Hoffnung, daß es ihr nach Kenntnisnahme der deutschen Vorstöße zu diesen Punkten möglich sein wird, das Datum festzusetzen, an dem die Klärung der in Artikel 429 Absatz 1 des Vertrages von Versailles umfassen ersten Befragung stattfinden kann.

Die alliierten Regierungen würden es mit Freude begrüßen, wenn die Antwort ihrer Regierung es ihnen ermöglichen würde, für den 1. Dezember den Beginn dieser Klärung in Aussicht zu nehmen.

Gerechtmachen Sie uns, aus. aet. Briand, Mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Vorkonferenzkonferenz Majestäti gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris vom 14. November 1925

Die Vorkonferenzkonferenz hat nach Kenntnisnahme der letzten im Namen der deutschen Regierung hinsichtlich der noch offenen zentralen Entwicklungsaufgaben erteilten Beschlüsse beschlossen, den Beginn der Klärung der Klärung auf den 1. Dezember festzusetzen. Die Vorkonferenzkonferenz wird am 16. November an den deutschen Botschafter eine schriftliche Bescheinigung dieses Beschlusses sowie der herbeizuführenden grundsätzlichen Einigung richten, die außerdem eine Mitteilung über den möglichen nächsten Zeitpunkt, bis zu dem die Klärung beendet sein kann, enthalten wird.

Die Meinung der Rheinländer

Die 'Münchener Zeitung' bemerkt zu den Beschlüssen des Volkspartei-Rates u. a.: Betrachtet man den sachlichen Inhalt der Ratsbeschlüsse des Volkspartei-Rates über die Klärung der Befragungsvorhältnisse und des Anfangs zu dieser Rats, so kann man nur von einer Rückkehr zum Verfallener Vertrag und dem von dem Bonner Abkommen sprechen. Diese Rückkehr ist vorerst lediglich in der Tatsache zu erblicken, daß unsere ehemaligen Kriegsgegner nunmehr den Willen zeigen, den Verfallener Vertrag als Friedensinstrument zur Geltung zu bringen. Daß der Verfallener Vertrag von deutschen Standpunkt aus alles andere denn ein Friedensinstrument anzusehen ist, diese Tatsache muß zurücktreten gegenüber der anderen nunmehr vorliegenden, daß er von unseren ehemaligen Kriegsgegnern nicht mehr zur Forderung eines Nachkrieges und zur Erweiterung des Verfallener Vertrages benutzt werden, sondern als Abbruchvertrag und Beendigung des Kriegszustandes dienen soll. Der Verfallener Vertrag tritt also am Rhein wieder in seine Rechte. Das ist vom rheinischen und vom deutschen Gesichtspunkt aus zwar keineswegs Anlaß zu irgendwelchen Ausdrücken trübem Gesicht, aber es ist immerhin ein Fortschritt gegenüber den bisherigen, dem Vertrag widersprechenden Verhältnissen.

Von den Deutschnationalen zur Volkspartei

Herrn v. Cramm-Brüggen, früheres langjähriges Mitglied des Braunschweigischen Landtages und einer der bekanntesten Großgrundbesitzer der Provinz Hannover, hat, wie der 'Hannoversche Kurier' erzählt, anlässlich der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei zum Vertrag von Locarno seinen Austritt aus dieser Partei erklärt und ist zur Deutschen Volkspartei übergetreten.

Die Reichseinnahmen im Oktober

Aus einer vom Reichsfinanzministerium herausgegebenen Uebersicht über die Weidemeigung bei der Reichshauptkasse für Oktober d. J. geht hervor, daß die Einnahmen bei der Reichshauptkasse 749 913 049 Mark (April—Oktober 4 384 450 290 M.), die Summe der Auszahlungen 708 592 571 Mark (April—Oktober 4 458 168 087 Mark) betragen hat. Der Ueberschuß der Einnahmen im Oktober von 41 320 478 Mark steht ein Zufußbedarf für April bis Oktober von 73 707 807 Mark gegenüber. Der Stand der schwedenden Schuld am 31. Oktober dieses Jahres betrug insgesamt 74 401 200 Mark. Die Einnahmen an Steuern und Zöllen betragen im Oktober 731,4 Millionen Mark. Die Steigerung der Einnahmen gegenüber dem Vormonat ist bedingt einerseits dadurch, daß die aus dem Monat September herrührenden und im Oktober erst in die Reichskasse gelangten Einnahmen aus den verpfändeten Steuern infolge von Vorrückungen (insbesondere beim Tabak) ungewöhnlich hoch waren und ferner dadurch, daß die Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich erfolgen. Bei den Einnahmen ergibt sich ein Tagesdurchschnitt von rund 27,8 Millionen Mark, bei den Auszahlungen ein solcher von rund 26,2 Millionen Mark.

Strynokis Aufrag zur Kabinetsbildung

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der Präsident der polnischen Republik den bisherigen Außenminister Graf Strynoksi mit der Kabinetsbildung beauftragt. Der Presse erklärte Graf Strynoksi, daß er mit den Parteiführern die Verhandlungen zu Ende führen wolle, um auf breiter Basis eine große Regierungskoalition zu bilden.

Letzte Meldungen

Der Autounfall Krupp

— Offen, 17. Nov. Der Unfall Krupp von Köhler und Oelbach bei der Automobilfahrt durch Westfalen stellt sich doch als schlimmer heraus, als anfänglich angenommen wurde. Herr Krupp hat eine schwere Knieverletzung durch einen Glasplitter, sowie eine äußerst schwere Kopfverletzung davongetragen, jedoch die Kräfte an seine Hebungsfähigkeit in der Offener Krankenhaus denken. Frau Krupp hat bei dem Unfall drei Rippen und das rechte Schlüsselbein gebrochen.

Gegen die Abschaffung der Unterseeboote

— New York, 18. Nov. Der amerikanische Marineminister teilte mit, daß die amerikanische Politik bezüglich der Haltung von Unterseebooten unverändert bleibe. Die Abschaffung der U-Boote würde eine Benachteiligung schwacher Nationen bedeuten und könne deshalb nur dann vor sich gehen, wenn England gleichzeitig Konzessionen bezüglich der Kreuzer und Schiffschiffe mache.

Wirtschaftliches und Soziales

Stellungnahme des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei für Einzelhandel und Kleingewerbe zur Preisentzugsfrage

In Wien wurde dieser Tage eine Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei für Einzelhandel und Kleingewerbe abgehalten...

Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei für Einzelhandel und Kleingewerbe nimmt zu den Bemerkungen der Regierung...

Gerade der gewerbliche Mittelstand, dessen Existenz davon abhängt, daß die weitesten Kreise kaufkräftig sind...

1. Die dem deutschen Volke auferlegte Kriegsschuldung (Zins- und Tilgungszinsen) treffen jeden Staatsbürger...

2. Die Revolutionen der Wirtschaft (wie Streiks, Monopolkonkurrenz u. a.) sind gerade heute in Deutschland im höchsten Grade verbreitet...

3. Die Verwaltung verhält sich heute in der Vorkriegszeit. Das hat seinerseits eine Erhöhung der Steuern und damit...

4. Die Rohprodukte sind heute über die durch die genannten Faktoren begründete Preissteigerung hinaus teilweise durch eine falsche Kartellpolitik veräußert...

5. Eine gesunde Preispolitik der Kartelle und ähnlicher Organisationen. Hier muß die Regierung ein maßvolles Eingreifen haben.

6. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

7. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

8. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

9. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

10. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

11. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

12. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

13. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

14. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

15. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

16. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

17. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

18. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

19. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

20. Die Erleichterung des anwendungsrechtlichen Drucks. Soweit eine solche durch den von der Regierung eingeschlagenen Weg erreicht werden kann...

Städtische Nachrichten

Zeppelin-Edener-Expende

Wie bereits mitgeteilt worden ist, sind die Arbeiten für die Durchführung der Zeppelin-Edener-Expende im vollen Gange...

Wie in anderen deutschen Städten, so ist auch in Mannheim eine Zeppelin-Edener-Wache in Aussicht genommen...

Bekanntlich handelt es sich darum, Zeppelins Wert zu erhalten. Das ganze deutsche Volk soll die Mittel für den Bau eines neuen Luftschiffes...

Glockenwehe in der Pauluskirche in Waldhof

Am Erntedankfest-Sonntag fand in der Pauluskirche in Waldhof die Weihe der 5 Tage zuvor feillich eingeholten Glocken statt...

Nach der Predigt sang Direktor Jäger Boehmans mächtiges Lied „Gottes Macht und Vorsehung“ und leitete damit sein zu der Glockenweihe hinüber...

Der Glockenwehe hinüber. Es erfolgte das Weihegebet jeder einzelnen und dann das Zusammenklingen aller Glocken, was wohl für die Kirchgemeinde...

baufortschrittlich für das bauliche Unterland feststeht — „eine ausgeglichene, kaum übertroffene Leistung“.

Der Eindruck der Glockenweihe wurde noch vertieft durch die künstlerischen Darbietungen der Jugendbände Waldhof...

Der Mannheimer Arbeitsmarkt für Angestellte im Monat Oktober. Die Arbeitslage für kaufmännische, technische und Büroangestellte...

Das Fest der Älteren Ludwigs feiert am heutigen Tage der Direktionsrat Johannes Ludwig mit seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Dieß.

Das Fest der Älteren Ludwigs feiert am heutigen Tage der Direktionsrat Johannes Ludwig mit seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Dieß.

Veranstaltungen

3. Thalesnachricht. Für die Dauer der Erkrankung von Werner Bülow ist Kapellmeister Arthur Rosenfeld, der von seiner Tätigkeit unter Jurisdiktion hier beurlaubt ist...

Änderung der Postgebühren. Am 1. Dezember werden folgende Änderungen der Postgebühren eintreten: 1. Die Gebühr für offene verbriefte Drucksachen in Kartenform...

Die Preise der Mitropa. In einer kleinen Anfrage der Zentralverwaltung des Preussischen Landtages wurde darauf hingewiesen, daß die Preise der Mitropa...

Münchener Bilder

Von Richard Rief

Der November ist der Monat des Sterbens und der Romantik. Im Englischen Garten verieren die Bäume ihr letztes Laub...

Über so ein Tag der Erinnerung stimmt zu Bestimmtheit. Wer der Verstorbenen gedenkt, gedenkt auch der Kindheit, und in ihr...

Der November ist der Monat des Sterbens und der Romantik. Im Englischen Garten verieren die Bäume ihr letztes Laub...

vom zweiten Stockwerk nach mit hochgezogenen Brauen: Er finde, man brauche mehrwärtig viel Nadeln. Ob nicht etwa die Hausmeisterin...?

Wer aber wäre deutungslos nicht verächtlich? Ein gesundes Mittrauen ist zwar der Vater des Erfolges, das aber Produkt von Lebenserfahrung und Menschenkenntnis...

Der Mensch ist zum Teil ein Wesen, das sich nicht selbst überlassen kann. Er braucht die Hilfe anderer Menschen, um zu überleben...

Das ist die große Wahrheit, die wir uns nicht verkennen dürfen. Wir sind nicht allein auf der Welt, und wir brauchen die Hilfe anderer Menschen...

den. Und dann künste ja nimmer schlief gehen: Aus „Hellehen“ und „Helle sein“ auch ja eine Willardbräse geboren werden.

Einmal ist ja ein wunderbarer Köhler für alle offener Bohrer. Wir kennen hier a. B. zwei „Mitropoliten“...

Was er benennen, leiten Emil Drach und dann der heilige Intendant Stollberg fort. Stollbergs Name ist zumal mit dem „Mündener Schauspielhaus“ innig verwachsen...

Der alte Raabe hat übrigens auch ein Buch geschrieben. Man sieht es leicht überall in den Buchhandlungen auf den Regalen...

Bitte, etwas freundlicher!

Wir sind nicht beim Photographen, aber es ist im Leben beson-

Der Humor ist wirklich ein seltenes Gutes. Er ist noch mehr wert als bloße Freund-

Das Gesellschaftsspiel im Familienkreis

Für die Kinder ist es allemal ein Fest, wenn für ein Stündchen nach dem Abendessen oder für einen zum Spaziergang nicht ein-

* Zur Kleinstadtschreibweise. Die Gauseltung des Reichsbun-

oration auszuwerten weiß. Auch für Schüler sind Preisaufgaben er-

Theater und Musik

*) Konzert des Volkshores Ludwigshafen. Nichts geringeres als die „Adresszellen“ von Haydn hatte sich dieser junge

*) „Schweizer Tage“ in Karlsruhe. Der Sonntag brachte als Höhepunkt der „Schweizer Tage“ eine Vortragsfeier im Bad. Bon-

Da aber Baden ein besonderes Gebührendenverwehrt hat. In

Tagungen

Südwestdeutscher Verband für Nationalstenographie

Vom 7. bis 9. November tagte daher unter dem Vor-

Tagung des Südwestdeutschen Handelskammerausschusses für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr in Stuttgart

Der Südwestdeutsche Handelskammerausschuss für Hotelgewerbe

Zur Frage der Hotelpreise gelangte Syndikus Dr. De-

Dr. Adler, 1. Vorsitzender des Verbandes deutscher Reklame-

*) Manne Siegbahn, der neue Nobelpreisträger für Physik.

Kunst und Wissenschaft

*) Manne Siegbahn, der neue Nobelpreisträger für Physik.

Kommunale Chronik

Die „Säga“ vor dem Ludwigshafener Stadtrat

* Ludwigshafen, 17. Nov. In der gestrigen geheimen Sitzung

Keine Kürzung der Bezüge der Bürgermeister von Germers-

* Annweiler, 16. Nov. In der Klotzfrage des Bürgermeisters

Kleine Mitteilungen

Der Bürgerausschuss von Jüdesheim genehmigte den Vor-

In der Kaiserslauterer Stadtratssitzung gab stell-

Das Defizit der Stadt Offenbach soll durch die Verkauf-

* W. Dörfelheim, 15. Nov. In der am Freitag abgehaltenen

L. Wiesloch, 15. Nov. Aus der jüngsten Gemeindevor-

*) Ein Homer-Papyrus gefunden. Von den fröhlichsten Ent-

AUXOLIN Schuppenbildungen und das damit verbundene Haar ausfall behandelt

nehmer Professor Bohr gehalten, den neuen Grundstoff Helium

*) Ein Homer-Papyrus gefunden. Von den fröhlichsten Ent-

Literatur

* Alfred Rombert: Klats. Gedichte. Im Insel-Ver-

* „Das Novemberfest der Kunst“. Verlag H. Brudmann. Mün-

Neue Mannheimer Zeitung • Handelsblatt

Finanzierung des Kraftfahrzeughandels Kraftwagen auf Abschlagszahlung

Wir haben an dieser Stelle wiederholt auf die überaus schwierige wirtschaftliche Lage der Automobilindustrie verwiesen, die in der letzten Zeit eine wesentliche Verschärfung erfuhr und zu Arbeitsverletzungen in einer Anzahl von Werken führte. Wir haben auch Mitteilung gemacht von der Gründung der *Amitea*, die das System der Abschlagszahlung auf Autos, das bisher in Deutschland im Gegensatz zu Amerika ganz unbekannt war, in Deutschland einführen will. Wenn wir nicht irren, so sind — und wir glauben es zu sein — so hat bereits eine große Anzahl führender deutscher Automobilwerke mit dieser neuen Art der Finanzierung von Automobilen beizugehalten. Die Fabriken erklären hiermit eine Beilegung des Geschäftes und einen Anreiz zum Ankauf von Automobilen.

Über dieses neue Kreditgeschäft ist viel debattiert und harter Kritik geübt worden. Vor allem ist es der Deutsche Automobilhändlerverband, der von einer durch das Amitea-System hervorgerufenen Belastung spricht. Da aber die Amitea-mannschaft nachdrücklich vertritt, geben wir im Nachstehenden einen kurzen Überblick über die

Finanzierung von Automobilen

durch die Gesellschaft, über die uns wie folgt geschrieben wird: Es unterliegt keinem Zweifel, daß Finanzierungs-Institute ein Bedürfnis in der heutigen geldarmen Zeit darstellen. Es dreht sich nur darum, es möglich zu machen dem Automobilenkäufer den Kredit unter Bedingungen zu geben, die sich vom kaufmännischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus rechtfertigen lassen. Wie dieses Abzahlungs-Institut wurde seit einiger Zeit die *Amitea-Finanzierung* in Berlin gegründet. Nach deren Programm kann der Käufer den Kaufvertrag nach fünf verschiedenen Plänen (A, B, C, D, und E) abschließen. Nimmt die Amitea den Antrag eines Käufers, nachdem sie dessen Wirtschaft und Vermögenslage geprüft hat, an, so bezahlt sie dem Händler den Kaufpreis des Fahrzeuges, bevor dieses dem Verkaufsladen verläßt und zwar unter Weglassung eines Wertprovisions aus. Im allgemeinen wird der Autokäufer sich für den Plan „A“ beim Kauf entscheiden, weil er nach diesem das Fahrzeug unmittelbar nach Leistung der Anzahlung und nachdem er die Monatsrate abgezahlt hat, geteilt bekommen kann. Nach den anderen Plänen muß der Käufer vor Leistung des Wagens vier bis zehn gleichlaufende Monatsraten bezahlen, also vier bis 10 Monate warten bis er in den Besitz des Autos kommt. Hieraus werden sich die Käufer in den meisten Fällen nicht einlassen wollen.

Kommt ein Kauf nach dem Plan „A“ zustande, so wird sich das Geschäft in folgender Weise abwickeln: Der Käufer zahlt 10 000 Mk., plus 9 pKt. Vorlagegebühr 900 Mk., zusammen 10 900 Mk.; 25 pKt. Anzahlung 2500 Mk., Vorlagegebühr 900 Mk., zusammen 3400 Mk.; Restsumme 7500 Mk. Dieser Restbetrag von 7500 Mk. ist in 12 gleichlaufenden Monatsraten von 625 Mk. zu bezahlen. Es sind also vor Leistung des Wagens neben der Anzahlung von 25 pKt. noch die 900 Mk. Vorlagegebühr zu entrichten. Zu dieser Anzahlung von 3400 Mk. kommt außerdem die Prämie für die Haftpflicht- und Kasko-Versicherung und Diebstahlversicherung des Fahrzeuges für ein Jahr. Bewertet sei noch, daß die Leistung des Auto-Kaufvertrages eine Sicherheit von 250 Mk. an die *Amitea* zu leisten ist. Wird der Antrag abgelehnt, so erstattet die

Amitea diesen Betrag sofort zurück, tritt indessen der Antragsteller vom Kaufvertrag zurück, so ist die Sicherheit an die *Amitea* verfallen, während er bei Zustandekommen des Geschäftes mit der letzten Rate der Kaufsumme zinstos verrechnet wird.

Die *Amitea* hat Eigentumsverhältnis bis der Kredit restlos zurückbezahlt ist. Kommt der Inhaber des Autos mit einer der 12 Monatsraten länger als 10 Tage in Verzug, so hat er als Entschädigung eine halbe Monatsrate (1) zu bezahlen. Kommt der Inhaber auch mit der nächsten Monatsrate länger als 10 Tage in Verzug, so erhöht sich die Verzugschadenssumme um eine weitere halbe Monatsrate, mithin auf eine volle Monatsrate. Außerdem wird die ganze restliche Kreditsumme fällig und die *Amitea* kann das Fahrzeug, wenn Zahlung nicht erfolgt, verpfänden oder freihändig vermerzen.

Hieraus ist zu ersehen, daß nur durchaus solvente Personen ein Auto auf Abschlagszahlung kaufen sollen, die unbedingt in der Lage sind, die eingegangenen Verpflichtungen ausnahmslos pünktlich zu erfüllen, andernfalls der Inhaber keine Anwartschaft auf sein Auto verlieren kann. Die Bedingungen des Amitea-Systems sind vielleicht hart und jeder, der diese seinem Autokauf zu Grunde legt, soll sie eingehend studieren und sich möglichst beraten lassen, damit er sich der einzugehenden Verpflichtungen und deren Folgen im Falle des Verzugs bewußt ist. Die *Amitea* verlangt von den Händlern eine hohen Wertprovision von 10 pKt. des Listenpreises bei Personen- und Lieferwagen und 6 1/2 pKt. des Listenpreises bei Lastwagen. Es ist wohl beabsichtigt, daß diese Wertprovision gemeinsam von den Werken und den Händlern getragen werden soll. In der Praxis geht diese Provision angeblich aber durchweg zu Lasten des Händlers und dieser Umstand dürfte die Urfolge sein, daß sich diese bisher um den Verkauf von Automobilen nach dem Amitea-System nicht sonderlich bemühen. Wenn hiergegen eine Verständigung zwischen Amitea, Fabriken bzw. Händlern durch Verminderung der Wertprovision ergibt werden, so würde dies den Autoerwerb jedenfalls fördern.

Was kostet der Amitea-Kredit?

Diese Frage wirft der deutsche Automobilhändlerverband auf, um sie auch sorgfältig zu beantworten. Der Verband nennt es unerlässlich, daß man in Deutschland darangeht, den Verkauf von Kraftfahrzeugen nach einem Ratenzahlungsplan zu organisieren, ähnlich wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich schon seit längerer Zeit der Fall ist. Seine Berechnung erfolgt ebenfalls auf der Basis eines Wagens von 10 000 Mk. Nach der Anzahlung des Kunden von 2500 Mk. nach Abzug von 9 pKt. Zinsen = 900 Mk. und 10 pKt. Provision = 1000 Mk. zusammen 4400 Mk. sind von der Amitea noch 5600 Mk. zu finanzieren, die der Vertreter an die Amitea bezahlen muß. Nach dem Plan der Amitea muß der Käufer 12 Monatsraten zu je 625 Mk. zusammen 7500 Mk. zurückzahlen. An Vorlagegebühr und Händlerprovision verbleibt also die Amitea 1900 Mk. Die Händler rechnen dann mit einem Diskontsatz von 12 pKt. Wie wir auf unsere Ergründung zurückweisen, werden aber Diskontsätze und Wechselkommissionen nicht, besonders berechnet, da diese in der Vorlagegebühr enthalten sind.

Wir haben im Vorstehenden beide Seiten zu Wort kommen lassen. Vielleicht schlägt es doch, auf dem Wege des Kompromisses zu einer Verständigung im Interesse der Beilegung der Autoindustrie und des Autohandels zu gelangen. *

160 Millionen Mk. Tabaksteuerertrag im letzten Vierteljahr. Das letzte Vierteljahr brachte der deutschen Reichskasse einen Ertrag von rund 180 Millionen Mk. an Tabaksteuern. Den Hauptertrag dieser Summe lieferte die Zigaretten mit rund 126 Millionen Mk., also mehr als zwei Drittel des gesamten Tabaksteuerertrages. Dann folgten in weitem Abstande die Zigarren mit 40 Millionen und der Pfeifen- und Rauchtabak mit 13 Millionen Mk. Die restliche Million verteilt sich auf Kautschuk, Schupfjabak und auf Zigarettenhüllen.

4. Borchardt, Lemm u. Edelgrün, Damenmüllfabrik, Berlin. Diese Gesellschaft hat ihre Zahlungen eingestellt und strebt eine außergerichtliche Liquidation an. Die Forderungen in Höhe von 165 200 A übersteigen die Passiven im Betrage von 126 600 A. Eine Gläubigerversammlung bedarf, um die Liquidationsaufgabe zu wählen, der gemeinsam mit den beiden Treuhändern die Liquidation durchzuführen soll.

1. Geschäftseinschränkung der Deutschen Lombardbank A.-G., Berlin. Die A.-G., in der ein Kapital von 1 850 000 A vertreten waren, genehmigte einstimmig den bis Ende letzten Jahres für das Geschäftsjahr 1924/25. Aus dem Reingewinn von 84 238 A werden 30 168 A dem Referendarats zugewandt und 4320 A vorgetragen. Wie der Geschäftsbericht mitteilt, ist seit in der zweiten Hälfte des Jahres durch die Umorganisation und Umgruppierung des Betriebes eine erhebliche Besserung des Geschäftes eingetreten. Neben das laufende Geschäftsjahr verläuft, daß angesichts der wesentlichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage es sich noch nicht übersehen läßt, ob künftig Erfolge für die Gesellschaft zu verzeichnen sein werden. Den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, hat die Verwaltung beschlossen, den Geschäftsbetrieb erheblich einzuschränken.

1. Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen. Zu dem Baunmischabkommen zwischen den alliierten und den deutschen Industriellen schreibt das Echo de Paris: Die zustandekommene Verständigung bedeutet einen neuen Schritt auf dem Wege der Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland. Die französische Delegation erklärte sich mit der Zustimmung der französischen Regierung zu der Vereinbarung, daß die wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zur Entspannung und Sicherung des Friedens mehr beitragen als die politischen Verhandlungen.

Devisenmarkt

Der europäische Devisenmarkt war gestern sehr ruhig, ohne jede größere Kursschwankung und Unregelmäßigkeiten. Es notierten: London gegen Paris 120% (120%), London gegen Mailand 121,25 (121%), Brüssel gegen Paris 107,25 (106%), Kassel gegen Schweiz 318,75, London gegen Schweiz 25,14, Holland gegen Schweiz 205,75, London gegen Schweiz 20,80 (20,85), Mailand gegen Schweiz 20,75, London gegen Kassel 45 1/2 (44 1/2), Kassel gegen Holland 248,00, London gegen Holland 12,04, London gegen Diso 23,75, London gegen Kopenhagen 19,45, London gegen Stockholm 19,10, London gegen Madrid 34,00, Brüssel gegen Paris 112% (112,75).

In Reichsmark ausgedrückt stellen sich heute früh: englische Pfunde unverändert auf 20,25,50, Paris 16,80, Zürich 80,93, Mailand 16,80, Holland 1,60, Prag 12,44, Doko 85,75 (85,70), Kopenhagen 104,80 (104,85), Stockholm 112,33, Brüssel 10 (19,80), Madrid 30,90, Argentinien 174,75 (174,95).

Kampf gegen Mißstände im Scheckverkehr

Dem Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (Z. B.) wird uns geschrieben: Wieder und wieder gelangen Fälle zu unserer Kenntnis, in denen die Einlösung von Schecks über größere oder kleinere Beträge bei der bezogenen Stelle, und zwar auch bei Genossenschaften, die einem Revisionsoverrat unterstehen, und bei öffentlichen, unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen, in der Weise erfolgt, daß die Einlösung bei Vorlegung nicht erfolgt. Auch die Rückmeldung des Bezogenen zum Entlaste übergebenen Schecks unterbleibt oder wird durch längere oder längere Zeit verzögert. Dieses Verhalten erklärt sich entweder aus Mangel der bezogenen Stelle an nötigen Mitteln oder es wird damit zu einschuldigen gesucht, daß der Scheck von dem Aussteller nicht ordnungsmäßig gefertigt worden sei und die Verzögerung der Rückgabe des Schecks mit Fristvermerk dem Zweck habe, dem Aussteller Zeit zur Befreiung der erforderlichen Deckung zu lassen. In beiden Fällen handelt es sich um eine schwere Verletzung der aus der positiven Scheckgesetzgebung folgenden Pflichten, gegen deren Folgen das Publikum unter allen Umständen geschützt werden muß, wenn nicht zum Schaden der Volkswirtschaft der Scheckverkehr in Mißkredit gebracht werden soll. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird sich deshalb in der Folge nicht, wie bisher, darauf beschränken, Fälle dieser Art in vertraulichen Rundschreiben zur Kenntnis seiner Mitglieder zu bringen, sondern behält sich vor, öffentlich vor dem Erwerb und der Anzahlungnahme von Schecks auf solche Stellen zu warnen, die ihren Verpflichtungen in der geschlossenen Weise öffentlich zuwiderhandeln, und zu beantragen, daß gemäß § 7 des Gesetzes vom 25. Juni 1925 solchen Stellen die Bewilligung zum Betriebe von Depot- und Sparkassengeschäften entzogen wird. Eine Rücksichtnahme auf den Aussteller ist ordnungsmäßig gebietet. Schecks erfordern in keiner Weise die Bewilligung in der Öffentlichkeit nicht notwendig beschleunigten Entscheidung vom 2. 2. 1925 hat der erste Strafsenat des Reichsgerichts die Strafbefreiung der Hinabnahme eines nicht ordnungsmäßig gefertigten Schecks als Beitrag auch für den Fall bejaht, daß der Hinabnahme der Meinung war, der Scheck werde bis zu seinem Vorkommen wohl gefertigt sein. Es widerstreitet der Stellung der bezogenen Stellen im Scheckverkehr und im Wirtschaftsleben, ein solches betrübliches Verhalten zu betreiben. So strenger diese Anschauungen beachtet werden, umso erfreulicher und berechtigter Vertrauen wird sich der Scheckverkehr in allen Kreisen des Publikums erfreuen. X

Zum Rückgang des polnischen Zlots

Der Rückgang der Devisen Marktschau wußt sich zu einem neuen Zusammenbruch der polnischen Währung aus. Die Ursachen, die zum Zusammenbruch geführt haben, waren mehrfacher Art. Die Handelsbilanz zeigte nach und nach geradezu bedauerliche Mißverhältnisse. Anstatt auf eine Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse hinzuwirken, wurden in Polen alle Fragen von der polnischen Seite angefaßt. So hat z. B. Polen den Exportvertrag mit Deutschland ausgenommen, obwohl es ganz klar war, daß hierbei Polen den Kürzeren ziehen würde. Infolge der einschneidenden Restriktionsmaßnahmen der Bank Polski wurden die Kontokorrenten ins Unermessliche und auch die polnischen Banken, die nicht genügend Kredite von der zahlungsunfähigen Wirtschaft einziehen konnten, gingen maßlos in Konkurs. Die Rückkehr auf die sichere Seite der Wirtschaft hat unmöglich auch die Rückkehr auf die Währung in den Hintergrund treten lassen und endlich haben die Erklärungen des polnischen Finanzministers den Hoffnungen auf eine baldige Auslandsmittelbeschaffung einen argen Stoß versetzt.

Mannheimer Effektenbörse

○ Mannheim, 17. Nov. Die Tendenz auf dem Aktienmarkt war heute bei stillem Geschäft abgesehen. Auch festverzinsliche Werte notierten niedriger. Es notierten: Badische Bank 20 1/2, Badische Anilin 115,25, G. Brauerei Berger 96 G., Badische Versicherung 110, G., Mannheimer Versicherung 60,3, Obergrein, Versicherung 69, G., Dampfmaschinenfabrik vorm. Rodberg 165,3, Fuchs Wagon 0,2 G., Germania-Ginseum 60 G., Karlsruher Maschinenbau 23 G., Amor Heilbronn 44,50 G., Mannheimer Gummi 22,3, Portland-Zement 50 G., Abbelestra 52 G., Abbele-Mühlenwerke 49 G., Wagh u. Freytag 63 G., Waghregeln Metall 105 G., Fuchs Frontenthal 45,50 G., Fuchs Waghänkel 41,2, 5 pKt. Deutsche Reichsanleihe 0,195 G., 4 und 3 1/2 Proz. Rheinische Hypothekendarf 5,37 1/2 G.

Waren und Märkte

Berliner Metallbörse vom 17. November

Werte in Reichsmark für 1 kg		Kupfer		Zinn	
18	17	18	17	18	17
Erzschmelzplan	118,75	118,50	140-150	140-150	140-150
Kupferrohblech	121,25	121,25	140-150	140-150	140-150
Zinn	118,75	118,75	140-150	140-150	140-150
Reinigt. K. u. G.	85-87	85-87	140-150	140-150	140-150
u. H. u. G.	85-87	85-87	140-150	140-150	140-150
Wasserzinn	235-240	235-240	140-150	140-150	140-150
Antimon	235-240	235-240	140-150	140-150	140-150

Standard 17. November. Metallmarkt. In U.S. d. engl. 1925. 25.00, 26.00, 27.00, 28.00, 29.00, 30.00, 31.00, 32.00, 33.00, 34.00, 35.00, 36.00, 37.00, 38.00, 39.00, 40.00.

Dam Süddeutschen Kohlenmarkt

Die wirtschaftliche Lage in der süddeutschen Industrie zeigt noch immer keine Besserung, doch von einem Ueberdrehen des Hauptpunktes der Wirtschaftskrise gesprochen werden könnte. Wie es der Fall ist, daß die Wirtschaftskrise in der Industrie ist, und die Kohlenverbrauch der Werke immer noch verhältnismäßig gering. Zwar ist dem verhältnismäßig hohen September ein milder Oktober gefolgt, das hat aber nicht verhindert, daß das Hausvermögen des Kohlenhandels sich nicht mehr erholen konnte. Die Kohlenhandelskammer in Mannheim-Bismarckhafen, loben berichtet, verhandelt mit dem Süddeutschen Kohlenmarkt über eine neue Organisation. Im Ruhrrevier sowie hier am Oberrhein ist die Kohlenhandelskammer aus dem Kohlenmarkt herausgetreten, die einen Betrieb betreiben, gewiss einen guten Zweck bilden und insbesondere für industrielle Zwecke die Anknüpfung von größeren Abnahmen einen ähnlich guten Erfolg darstellen, wie ihn für Kohlenhandelsbetriebe die Anthrazit-Kohlenhandelsbetriebe bilden.

Bei der Saat steht es mit der Wirtschaftlichkeit der Leistung recht ungünstig aus. Das deutsche Kohlengebiet wird erst in letzter Linie berücksichtigt und für den kommenden Monat sind kaum noch Aufträge auf Saarstein untergebracht. Die Preise für Saarstein sind in den letzten zwei Monaten unverändert geblieben: Es kostete am 1. November 0,60-0,70 A für die Tonne, während die Ruhr mit Leistung vom 15. Oktober ihre Sätze für eine Anzahl von Sorten, beispielsweise Fein-, Flamm- und Schmelz-, V. Stecher- und Brechtstein III ermäßigt hat. Eine kleine Erhöhung fand nur für den in verhältnismäßig geringem Umfang hergestellten Brechtstein II bei der Körnung 30/30 mm und für Fein- und Grobstein. Schließen ist noch der gleichen Quelle neuerdings nicht mehr in der Lage die Wirtschaftlichkeit der süddeutschen Kohlenwirtschaft mit der ehemaligen Preispolitik zu erfüllen, obwohl es sich, wenigstens in Westfalen, Bayern und Böhmen, Mühe gibt, die größeren Bestände zu halten. Die rheinischen Braunkohlen (Union) Prekita besteht noch wie vor rege Nachfrage.

Schiffahrt

Frachtgeschäft in Duisburg-Ruhrort vom 17. November

Das Geschäft an der heutigen Schiffebörse war ziemlich lebhaft. Die Frachten zu Berg konnten eine Erhöhung erfahren. Es wurde bezahlt ob Ruhrort Balle Mannheim 1,30 A und ob Rhein-Herne-Kanal 1,50 A. Nach Karlsruhe bzw. Frankfurt wurde ein Aufschlag von 20 Pf. für die Tonne bezahlt. Die Exportfrachten nach Rotterdam, Antwerpen, Gent, London und anderen unverändert.

Nächste Dampfer-Expeditionen des Norddeutschen Lloyd Bremen

Bremen - New York: D. Rügen am 21. 11.; D. George Washington am 24. 11.; D. Columbus am 29. 11. Bremen - Galapagos: D. Athen am 10. 12. Bremen - Brasilien: D. Vesuvius am 1. 12.; D. Rensburg am 5. 12. Bremen - Ostindien: D. Albi am 28. 11. Bremen - Ostindien: D. E. Schmidt am 21. 11.; D. City of Berlin am 28. 11.; D. Königsberg am 8. 12. Bremen - Australien: D. Cassel am 23. 11.

Warenkurse des Monats November

Ware	November												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
...

Verleger, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Hess

Neue Mannheimer Zeitung, G. m. b. H., Mannheim, 6 & 7.
Direktor: Ferdinand Hess.
Chefredakteur: Kurt Höder. Verantwortlich für den politischen Teil: Hans Ulrich-Wildauer; für den wirtsch. Teil: Fritz Hammer; für den kommunalpolit. und lokalen Teil: Adolf Schürmann; für den Sportteil: Hans-Ulrich-Wildauer; für den Handels- und Gewerbe-Teil: Hans-Ulrich-Wildauer; für den feinen Kunst- und Literatur-Teil: Hans-Ulrich-Wildauer.

Locarno

entscheidet sich am 1. Dezember. Diese Zeit ist von höchster Spannung für alle Deutschen. Wir liefern Ihnen die *„Neue Mannheimer Zeitung“* schon von jetzt ab, wenn Sie Ihre schriftliche Bestellung für den Monat Dezember entweder uns direkt oder der Trägerin übergeben.

Weihnachts-Ausstellung

im Kasino

am 18., 19. und 20. November 1925

Der Gedanke, durch eine öffentliche Ausstellung zu zeigen, was Spezialgeschäfte in vorzüglichster Qualität für den Weihnachtsgabentisch zu bieten vermögen, hat sich über die im Dezember des vorigen Jahres im Friedrichspark stattgehabte Ausstellung hinaus lebendig erhalten und findet nun in der Weihnachtsausstellung 1925 im Kasino seine weitere Entwicklung. Heute nachmittags um 3 Uhr wird die diesjährige Weihnachtsausstellung, die in sämtlichen Räumen des Kasinos untergebracht ist, eröffnet. Die Liste der Aussteller zeigt zirka 40 Mannheimer Spezialgeschäfte, und die Ausstellungsleitung hat keine Mühe gescheut, der Ausstellung einen besonders festlichen Rahmen zu verleihen. Da zudem der Eintrittspreis äußerst niedrig gestellt wurde (30 Pfg. einschl. Steuer) und vormittags der Eintritt frei ist, ebenso die Kinder zu jeder Tageszeit freien Zutritt haben, ist zu hoffen, daß die Bestrebungen der an der Ausstellung beteiligten Geschäftswelt Anklang finden und die Ausstellung zahlreich besucht wird. Auf die sich in diesem Zusammenhang empfehlenden nachfolgenden Firmen sei noch besonders hingewiesen.

Große Auswahl in PIANOS

In allen Preislagen von den billigsten bis zu den bewährtesten Weltmarken
Langjährige Garantie
Bequeme günstige Zahlungsweise
Musikapparate und Platten
Neu! Pax Musikapparate mit patentierter Schalldose Unerreichte Fülle u. Reinheit d. Tones
Carl Hauk, Mannheim
C 1, 14 Piano-Handlung C 1, 14

Müller & Eder
Spezialwerkstätten für Klümmöbel in Stoff und Leder
Große Wallstraße 10 - Tel. 243.

Buchhandlg. J. Spahn
G 3, 10 und H 2, 14
Modernes Groß-Antiquariat
Gute Bücher zu außergewöhnlich billigen Preisen für Jung und Alt

Heute Eröffnung 5 Uhr Weihnachts-Ausstellung

am 18., 19. und 20. November
in sämtlichen Räumen des Kasino, R 1, 1

Grosser Weihnachtsmarkt von ca. 40 Spezialgeschäften Mannheims

Geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends
Eintritt: Mk. 0,30 einschl. Steuer
Vormittags Eintritt frei! Kinder Eintritt frei!
*608 Die Ausstellungsleitung

Beachten Sie den **Elektro-Lux-Apparat** der führende u. bewährteste **Staubsauger** des Kontinents
Elektro-Lux-G.m.b.H.
Bismarckplatz 15 •• Telefon 9103 u. 7819

Hermann Links
Tapeziermeister
Verkäufte seiner Polster- und Ledermöbel in höchster Bequemlichkeit
Spezial-Abteilung: Autosesseln, Gub-polsterung und gesamten Inneneinrichtung
Sonder-Ausstellung v. Qualitätspolstermöbel
Mannheim
Verkaufsstelle: O 7, 5 - Wohnung: 3 6, 48
Telefon 9236.

Tapetenhaus **NIC. BOPP**
Mannheim, H 3, 1
Liefert Tapeten in jeder Preislage
Federnische Beratung.

Aachener u. Münchener Feuer- u. Lebensversicherungs-Gesellschaft
Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Wasserleitungsschaden-, Glas-, Unfall-, Haftpflicht-, Transport-, Reisegepäck-, Kraftfahrzeug-versicherungen
Mannheim, Neustadt
G. Gewandstr. Nr. 20 - Fernsprecher Nr. 6512

Offene Stellen
Bezirks-General-Agentur
Kaufm. Lehrling
Teilhaber

Stellen-Gesuche
Korre-spondentin
Krankenschwester
Verkäufe
Lager- bzw. Bauplatz
Stützflügel

Pianos
auf Teilzahlung - verkauft
H. G. G. 07, 8
3 u. 3,3 PS.
Motoren
Drehstrom, 120 Volt, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500, 1600, 1700, 1800, 1900, 2000, 2100, 2200, 2300, 2400, 2500, 2600, 2700, 2800, 2900, 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3500, 3600, 3700, 3800, 3900, 4000, 4100, 4200, 4300, 4400, 4500, 4600, 4700, 4800, 4900, 5000, 5100, 5200, 5300, 5400, 5500, 5600, 5700, 5800, 5900, 6000, 6100, 6200, 6300, 6400, 6500, 6600, 6700, 6800, 6900, 7000, 7100, 7200, 7300, 7400, 7500, 7600, 7700, 7800, 7900, 8000, 8100, 8200, 8300, 8400, 8500, 8600, 8700, 8800, 8900, 9000, 9100, 9200, 9300, 9400, 9500, 9600, 9700, 9800, 9900, 10000

1 Kinderklappstuhl
neuer, 1 Kinder-Beistuhl
Kleiner Kastenwagen
Piano
Kunstlergeige

Auto
4/10 Litern
in best. Zustand, 2000 km
Waschmaschine
Kauf-Gesuche
Puppenküche

2 leere Zimmer
Dort ist ein leeres Zimmer
3 od. 4 Zimmer-Wohnung

Bretter und Balken
zu kaufen gesucht, Preis-angebots unter N. 17
a. b. Geschäftsstelle. *706

Miet-Gesuche
Kleinerer Laden
zu mieten gesucht!
möglichst mit sauberer Einrichtung in guter Verkehrslage zum Verkauf von hyg. Gummiwaren usw. Ladeninhaber, am liebsten gewandte Dame, könnte sich mit etwas Kapital tätig beteiligen.
Ausführliche Zuschriften erbeten unter M. H. G. 2511 an Ala-Hasenstein & Vogler, Mannheim.

Wohn- u. Schlafzimmer
zu vermieten.
Erdgeschoss
Mansardenzimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Vermischtes.
Maß-Anzüge
Hausschlachtungen

Kleiner Laden
ebenfalls mit Nebenraum zu mieten gesucht.
2 leere Zimmer
Dort ist ein leeres Zimmer

Laden
in guter Lage von sehr gut. Geschäft als Billig-Handlung, Angebote unter N. 18
a. b. Geschäftsstelle. *698

Laden
erst. Toppeldecken mit Nebenräumen, geeignet für Restauration, Nähe Reichplatz der 1. Dez. 25 od. feiner, erst. und als Büro zu vermieten. Angebote unter M. L. 85 a. b. Geschäftsstelle d. H. H. *652

Wohn- u. Schlafzimmer
zu vermieten.
Erdgeschoss
Mansardenzimmer
Wohn- u. Schlafzimmer
Vermischtes.
Maß-Anzüge
Hausschlachtungen

Kleiner Laden
ebenfalls mit Nebenraum zu mieten gesucht.
2 leere Zimmer
Dort ist ein leeres Zimmer

Laden
in guter Lage von sehr gut. Geschäft als Billig-Handlung, Angebote unter N. 18
a. b. Geschäftsstelle. *698

Heirat
Heirat
Heirat
Heirat



Erstlings-Artikel
Männelchen Mützen Häubchen
Hemdchen Höschen Jäckchen
Binden Leibchen Windeln
Vollständige Erstlings-Ausstattungen
Spezialgeschäft für Wollwaren, Strümpfe, Trübsagen
Daut
Altbekanntes Haus für solide Waren
Mannheim, Breitestraße, F 1, 4
neben dem alten Rathaus.

